

American Siegfried

VON JOSEF JOFFE

Um das beispiellose Ereignis ins Deutsche zu übersetzen, möge man sich vorstellen, daß Klaus Kinkel und Volker Rühe in holder Eintracht den Bundestag in der wichtigsten deutschen Tageszeitung attackieren. Denn erstens sind sich Außen- und Verteidigungsminister kraft ihrer institutionellen Instinkte - hier die sanfte Diplomatie, da das Imperativ der Sicherheitsvorsorge - selten einig. Und zweitens legen sich Minister äußerst ungerne mit dem Parlament an.

Genau das aber ist gerade in Amerika geschehen, wo Außenminister Christopher, der Mann mit der Souffleurs-Stimme, und Pentagon-Chef Perry in der New York Times den Kongreß beschimpft haben - und zwar unter dem Titel: 'Eine Gesetzesvorlage zur Verstümmelung der amerikanischen Außenpolitik'. Recht haben die beiden gewohnheitsmäßigen Leisetreter. Denn die Ratifizierung wäre der Verrat an einem halben Jahrhundert vorbildlicher amerikanischer Außen- und Sicherheitspolitik. Überdies geriete diese Politik unter die Knute jener, die den Job so gut bewältigen können wie ein Bataillon Köche den berühmten Brei. Die Welt hätte es dann mit 535 US-Außenministern zu tun: 435 von ihnen im Repräsentantenhaus, 100 im Senat.

Und mit mehr: mit einem von Republikanern beherrschten Kongreß, der seine isolationalistischen Reflexe in das 'Gesetz zur Erneuerung der nationalen Sicherheitspolitik' zu gießen versucht. 'Isolationismus' ist eigentlich das falsche Etikett; genauer müßte es 'Unilateralismus' heißen - der Impuls also, amerikanische Außenpolitik auf eigene Faust zu machen, unabhängig von anderen, zumal von den großen Institutionen, die der Weltpolitik im letzten Halb-Jahrhundert Form und Legitimität verliehen haben.

Dies ist des Pudels Kern, auch wenn er in der 30-Seiten-Vorlage nur mühsam aus dem Juristen-Jargon herausgeschält werden kann. Grob umrissen besteht dieser Kern aus vier Teilen. Erstens: Die Nation soll sich so rasch wie möglich eine landesweite Raketabwehr zulegen. Zweitens: Friedensoperationen nur, wenn sie dem 'nationalen Interesse' gehorchen. Drittens: keine Unterordnung unter UN-Oberbefehl. Viertens: Die Kosten rein amerikanischer Interventionen werden von der Rechnung abgezogen, welche die USA für Einsätze der Vereinten Nationen zu entrichten hätte.

Kurzum: der einsame Cowboy in der lückenlosen Siegfried-Panzerung - die perfekte Mischung aus Abkapselung und Abkoppelung, aus Selbstschutz und Selbstbestimmen. Hinter der Anti-Raketen-Kuppel scheint der alte Isolationismus-Traum auf, der ein Jahrhundert lang wundersame Wirklichkeit war - als Amerika von zwei riesigen Ozeanen und der britischen Navy geschützt wurde. Friedensmissionen auf eigene Faust und Rech-

nung - das ist der genauso alte Traum vom Unilateralismus, der Politik ohne Bindung und Verpflichtung, die nicht dem Willen und der Vorstellung von Newt Gingrich, dem Oppositionschef, und seiner Republikanergarde gehorchen.

Noch brutaler ausgedrückt: Gelänge den 'Newtoiden' der Coup, fast schon ein legaler Staatsstreich, wäre dies das Ende vom segenreichsten Kapitel amerikanischer Außenpolitik. 50 Jahre lang hat Amerika den beiden klassischen Vormachts-Versuchungen widerstanden: wie Rom (oder Sowjet-Rußland) ein Imperium aufzutürmen - oder wie England aus der 'splendid isolation' heraus mal hier anzubandeln, mal dort zuzuschlagen.

Statt dessen hat Amerika nach dem Zweiten Weltkrieg etwas geleistet, was im Leben der Großmächte äußerst selten ist: das nationale Interesse mit internationalen Institutionen zu identifizieren. UN, Marshall-Plan, NATO, Weltbank, GATT, Weltwährungsfonds - das sind Errungenschaften, die auf amerikanischem Boden gewachsen sind, gehegt und gepflegt von beiden Parteien, von Republikanern wie von Demokraten. 'Bi-Partisanship' war das Prinzip, und 'Internationalismus' hieß die Devise.

Ob der siegestrunke Newt Gingrich weiß, an welcher hehren Tradition er sich mit seinem 'Erneuerungsgesetz' vergreift? Der einsame Cowboy, der aus dem Nichts erscheint und nach der Schießerei in den Sonnenuntergang reitet, mag zwar eine romantische Figur sein. Aber zur Führung eignet er sich nicht - erst recht nicht in der Nachkriegswelt, wo die bösartigsten Probleme das Anpacken im Verbund erfordern. Friedensschaffen rund um den Globus? Das übersteigt auch die Kraft einer Supermacht. Massenvernichtungswaffen? Deren Eindämmung erfordert den Gleichschritt aller Exportnationen. NATO-Erweiterung, die in der Vorlage praktisch zur Pflicht gemacht wird? Die geht auch nur im Konsens - und ohne Konfrontation mit dem 'strategischen Partner' Rußland.

Christopher und Perry haben recht: Nur 'indem wir die Unterstützung anderer Nationen gewinnen und unsere Kräfte durch Bündnisse und Institutionen verstärken, können wir wichtige (nationale) Ziele erreichen, ohne daß dabei amerikanische Soldaten das ganze Risiko oder amerikanischen Steuerzahler die ganze Rechnung übernehmen müssen'. Das ist zugleich national und international gedacht - ein besseres Rezept gibt es nicht.

In dieser Woche hat der Kongreß die Chance, sich auf seine beste außenpolitischen Tradition zu besinnen. Wenn nicht, wird die amerikanische Verfassung für Vernunft sorgen: per Veto-Recht des Präsidenten, das nur von einer Zweidrittelmehrheit ausgehebelt werden kann.